

ARMUT GEHT UNS ALLE AN

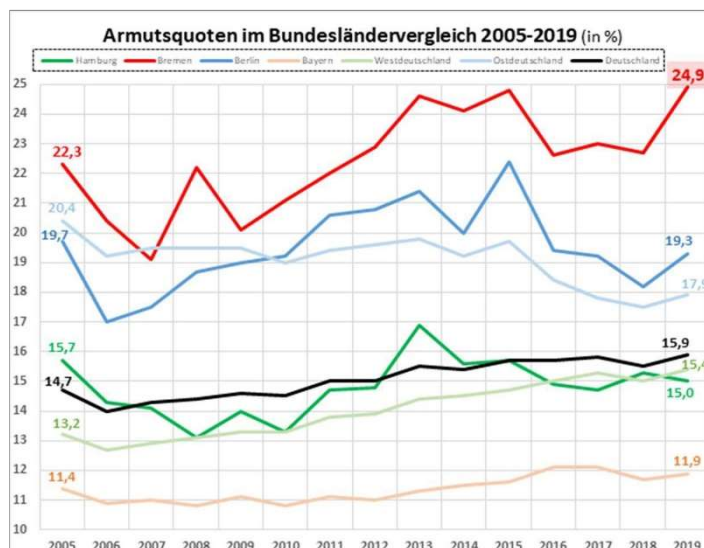
Ein Positionspapier der CDU-Bürgerschaftsfraktion

SOZIALNOTLAGELAND BREMEN

Ein Bettler vor dem Supermarkt, zwei andere vor der Bankfiliale. Schlafende Menschen am Boden, zusammengerollt in der Einkaufspassage. Das kleine Mädchen mit löchrigen Schuhen einsam auf dem Spielplatz, dessen Geschwister ohne Pausenbrot in der Schule. Die Eltern in der Schlange, wartend auf Lebensmittel vor der Ausgabestelle der „Tafel“. Der Pfandflaschensammler unterwegs, gleich an der nächsten Ecke eine Frau, die mit ihren drei Kindern in zerschlissener Kleidung einige leere Getränkedosen einsteckt. Mitten in der Stadt. Mitten unter uns. Und nur ein paar Meter entfernt von der Bremischen Bürgerschaft, wo auch die Politik dafür die Verantwortung trägt.

Es sind diese und noch viel mehr Gesichter der Armut, denen wir Bremerinnen und Bremer tagtäglich und viel häufiger als anderswo begegnen. Armut aber ist auch das Unsichtbare: Der Mangel an Zuwendung, Aufmerksamkeit und Empathie. Der Mangel an Kontakten, Erlebnissen und Zwiegesprächen. Der Mangel an Gesundheit, Fürsorge und Entwicklungschancen. Nicht alles hat mit wenig Geld zu tun, aber immer mit persönlichen Notlagen von Menschen. Sie stehen hinter jeder Zahl der Sozialstatistik, die für unser Land wiederum wieder traurige Rekordwerte ausweist.

Die Städte Bremen und Bremerhaven gelten seit Jahren als „Armenhäuser“ der Bundesrepublik Deutschland. Die **Armutsquoten** liegen aktuell bei **24,5** und **26,4 Prozent**. Jeder vierte Mensch erlebt im Hier und Jetzt den Mangel in seinen vielen Facetten. Diese Werte bleiben unübertroffen; kein Stadtstaat und kein Bundesland in Ost- oder Westdeutschland reichen da heran. Zum Vergleich: Die niedrigsten Armutsquoten unter 11 Prozent werden in den Regionen München, Oberland, Ingolstadt, Südostoberbayern, Hochrhein-Bodensee, Landshut, Schleswig-Holstein Süd und Ostwürttemberg gemessen. Im Bundesdurchschnitt liegt die Armutsquote bei 16 Prozent.



Quelle und Berechnungsmethode: Paritätischer Armutsbericht 2020. Armutsquoten auf Basis Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes. Bei der Berechnung der Armutsquoten werden alle Personen gezählt, die in Haushalten leben, deren Einkommen (gesamtes Nettoeinkommendes Haushaltes inklusive Wohngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag, andere Transferleistungen oder sonstige Zuwendungen) weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens aller Haushalte beträgt. EIGENE DARSTELLUNG

Die Armutsgefährdung in Deutschland folgt regionalen Mustern. Sie ist im Südwesten der Republik am geringsten, im Nordwesten und in Ostdeutschland am höchsten. Auch steigt sie in der Regel mit der Größe und Bevölkerungszahl einer Gemeinde. Somit sind Großstädte und Stadtstaaten im Besonderen mit sozialen Notlagen und Zuwanderung in Armut konfrontiert. Im Jahr 2019 waren deutschlandweit etwa 28 Prozent der Migrantinnen und Migranten von relativer Einkommensarmut betroffen, bei Personen ohne Migrationshintergrund lag die entsprechende Quote bei knapp 12 Prozent. Der Bevölkerungsanteil von Personen mit **Migrationshintergrund** im weitesten Sinne lag 2019 in Bremen bei **36,5 Prozent**, der höchste Wert aller Bundesländer.

Die eigentliche Dramatik der Situation im Land Bremen offenbart sich mit Blick auf die Kinder und Jugendlichen. Bald schon ist hier **jedes zweite (!) Kind** von Armut betroffen oder bedroht. Die entsprechende Quote beträgt für unter 18-Jährige **42,2 Prozent**, im Bundesdurchschnitt 20,5 Prozent. Immer mehr koppelt sich Bremen hierbei von den anderen Bundesländern ab, insbesondere auch von den anderen beiden Stadtstaaten. In Berlin liegt die Kinderarmutsquote bei 24,7 Prozent, in Hamburg bei 18,8 Prozent. Und in all diesen Verhältniszahlen, bezogen auf das Jahr 2019, sind die Folgen der Corona-Pandemie noch nicht berücksichtigt.

Nach der Gesundheitskrise ist vor der Beschäftigungskrise. Ohnehin ist der Bremer Arbeitsmarkt seit eh und je leidgeprüft: die Stahlkrise und die Container-Revolution Ende der 1970er-Jahre, das Werftensterben in den 1980er-Jahren, die Finanzkrise 2008 und nunmehr die Pandemie. Im Corona-Jahr 2020 lag das Bruttoinlandsprodukt „Made in Bremen“ 7 Prozent unter dem des Vorjahres, deutschlandweit fiel der Rückgang mit 5 Prozent moderater aus. An der Weser kommen auf 10.000 Unternehmen 83 Unternehmensinsolvenzen (Bund: 57). Hier stieg die Zahl von **Firmeninsolvenzen** 2020 gegenüber dem Vorjahr um **25 Prozent (!)** auf 224. Deutschlandweit dagegen gingen die Firmeninsolvenzen im gleichen Zeitraum um 17 Prozent zurück.

Auf 10.000 Einwohnerinnen und Einwohner kommen 12 Verbraucherinsolvenzen (Bund: 7). Allein im Monat Januar 2021 wurden am Amtsgericht Bremen 70 Verbraucherinsolvenzanträge gestellt, so viele wie in den Monaten November und Dezember 2020 zusammen. Im Land Bremen sind etwa **80.000 Menschen überschuldet**. Zwar verbietet sich volkswirtschaftlich eine Analogie zwischen Privathaushalt und Staatshaushalt, dennoch sind Parallelen im Land Bremen unverkennbar. So lag auch die Schuldenquote (Verhältnis der Staatsschulden zum Bruttoinlandsprodukt) weit über der aller anderen Bundesländer und bereits vor Corona bei abenteuerlichen **89 Prozent (!)** (Bund: 71 Prozent). Armes Bremen.

Die Wirtschaftslage spiegelt sich in den Beschäftigten-, Arbeitslosen- und Grundsicherungsstatistiken wider. Im August 2021 waren im Land Bremen mehr als 39.000 Personen arbeitslos gemeldet, das entspricht einer **Arbeitslosenquote** von **10,7 Prozent** - die höchste aller Bundesländer. Deutschlandweit lag die Arbeitslosenquote nur etwa halb so hoch bei 5,6 Prozent. Knapp die Hälfte der Menschen ohne Job ist im

Land Bremen langzeitarbeitslos (Bund: 40 Prozent). Im Durchschnitt verbleiben sie 19 Monate in der Arbeitslosigkeit (Bund: 14 Monate). Während aktuell die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr auch in Bremen sinkt, steigt hier jedoch die Zahl der Langzeitarbeitslosen. Perspektiven auf Wiedereingliederung gehen immer mehr verloren, Verarmung und Resignation nehmen zu. Lediglich 12 Prozent der Abgänge aus Langzeitarbeitslosigkeit führen noch in Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt. Personen mit ausländischer Nationalität haben das höchste Zugangsrisiko in Arbeitslosigkeit und Ältere ab 55 Jahren die geringsten Abgangschancen.

Nirgendwo sonst ist der soziale Abstieg so drastisch auf Bildungsdefizite zurückzuführen wie im Land Bremen. Etwas mehr als 13 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (ca. 44.000 Personen) verfügten im Jahr 2020 über **keine abgeschlossene Berufsausbildung**. Im August 2021 waren bundesweit 54 Prozent der Arbeitslosen ohne Beruf, im Land Bremen **68 Prozent (!)** (26.564 Personen). Für **Langzeitarbeitslose** ist die Perspektive auf Arbeit in Bremen noch aussichtsloser: **73 Prozent** waren im August 2021 als Berufslose registriert (Bund: 59 Prozent). Was stimmt hier nicht im Stadtstaat Bremen? Wie konnte es zu solchen Rekordwerten im Bundes-Ranking kommen?

Dies lässt sich nur mit einem hohen Maß an politischen Versäumnissen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten erklären. Versäumnisse, die uns heute auf die Füße fallen bezüglich hoch belasteter Sozialhaushalte und Fachkräftemangel. Die aktuellen Entwicklungen deuten weiterhin auf keine Besserung der Lage.

Ein Viertel aller Ausbildungsverträge wird vor Abschluss gelöst, vor allem nach Abgängen mit Hauptschulabschluss. Auch bei „**frühen Schulabgängen**“ (18- bis 25-Jährige, die das allgemeine und berufliche Bildungssystem ohne Abschluss verlassen) erreicht Bremen mit **16 Prozent** den höchsten Wert aller Bundesländer. Deren Chancen auf eine stabile Beschäftigung tendieren immer mehr gegen Null, da Einfacharbeitsplätze nur noch schwer zu finden sind. In dieser Personengruppe liegt die **Arbeitslosenquote** bei etwa **30 Prozent**. Durch den Einbruch bei Mini- und Midijobs während der Corona-Krise verfestigte sich die prekäre Situation bei gering Qualifizierten nochmals. Sie tragen ein besonders hohes Armutsrisiko. Neben Schul- und Berufsbildungsdefiziten, Herkunft und Lebensalter erweitern auch gesundheitliche Einschränkungen die „Vermittlungshemmnisse“ am Bremer Arbeitsmarkt.

Offene Stellen und Arbeitssuchende passen kaum zusammen. Ein hiermit umschriebenes **Mismatch** am Arbeitsmarkt wird zu einem immer größeren Problem: Ursächlich hierfür sind fehlende formale Abschlüsse, mangelnde Fähigkeiten und Erfahrungen auf der einen sowie spezielle Qualifikationsanforderungen und Fachkräftebedarfe auf der anderen Seite. Im August 2021 kamen im Land Bremen rein rechnerisch 6 Arbeitssuchende auf eine gemeldete Vakanz (Bund: 3). Der Stellenandrang im Helferbereich ist noch sehr viel angespannter; schon 2019 konkurrierten hier 22 Arbeitssuchende um eine Stelle. Angesichts der multiplen Problemlagen bei Angebot und Nachfrage, die im Land Bremen alle lange schon vor der Corona-Krise bestanden und nunmehr wie durch ein Brennglas noch deutlicher zutage treten, ist davon auszugehen, dass sich die Armutslage weiter verschärfen wird.

Bereits 2019 waren **18 Prozent** der hiesigen Bevölkerung auf **Grundsicherung** angewiesen, im Bund mit 8 Prozent deutlich weniger. Nahezu 70.000 erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die als nicht arbeitslos registriert sind, beziehen in Bremen und Bremerhaven Grundsicherungsleistungen nach SGB II, weil sie Niedriglöhne aufstocken, Kinder oder Angehörige pflegen, an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen, länger erkrankt oder älter als 58 Jahre sind.

Im Corona-Krisenjahr 2020 lebten im Land Bremen **30 Prozent** aller minderjährigen **Kinder und Jugendlichen** in Bedarfsgemeinschaften und damit in Abhängigkeit von staatlicher Existenzsicherung, deutschlandweit lag diese Hilfequote mit 12 Prozent nicht einmal halb so hoch. Dramatisch ist die Lage für **Alleinerziehende: 63 Prozent (!)** können ihren Lebensunterhalt nicht ohne Transferleistungen bestreiten (Bund: 34 Prozent). **77 Prozent (!)** der arbeitslosen Alleinerziehenden verfügen über **keinen Berufsabschluss** – ein Wert, der wenig Zukunftsperspektive verspricht. Das Land Bremen befindet sich, gemessen an nahezu allen Sozialindikatoren, in einer Abwärtsspirale, die sich seit Jahren und lange vor Corona unaufhörlich dreht. Das „**Sozialnotlageland Bremen**“ ist traurige Realität. Eine Trendumkehr ist nicht in Sicht. Wir entfernen uns immer mehr von den Lebensstandards der Bundesrepublik.

BILDUNGSNOTLAGE VERFESTIGT ARMUT.

Insbesondere in den Bereichen Kinder, Jugend und Bildung, die doch Zukunft versprechen sollten, ist kein Licht am Horizont erkennbar. Die Probleme beginnen bei den Kleinsten. **Jedes zweite Kind (!)** im Vorschulalter hat hierzulande attestierte **Sprachdefizite**. 2020 wurden in Bremerhaven bei 52 Prozent der getesteten Kinder Sprachförderbedarfe festgestellt, in der Stadtgemeinde Bremen bei 47 Prozent.

Doch Bremen ist nicht gleich Bremen. Die Förderanteile streuen zwischen den Stadtteilen Borgfeld mit 11 Prozent oder Schwachhausen mit 20 Prozent bis zu 65 Prozent in Blumenthal und nahezu **70 Prozent (!)** in Gröpelingen.

Hier beginnt die Spaltung unserer Gesellschaft bzw. setzt sie sich ungebremst fort. Dieser Rucksack wiegt schwerer als jeder Schulranzen, weil er ein ganzes Leben lang zur Belastung wird. Nach den aktuellen Ergebnissen der jährlichen Schuleingangsuntersuchung kommen in der Stadtgemeinde Bremen 45 Prozent der eingeschulten Kinder aus Familien mit beidseitigem Migrationshintergrund, in Bremerhaven sind es 50 Prozent. 3 Prozent von ihnen haben nie eine Kita besucht und bei mehr als 12 Prozent sind weder Mutter noch Vater berufstätig.

48 Prozent der Jungen und **47 Prozent** der Mädchen sprechen in den ersten vier Lebensjahren eine andere Muttersprache als Deutsch. Auch dieser Anteil variiert stark zwischen den Stadtteilen: während er in Huchting über 59 Prozent und in Gröpelingen über 69 Prozent liegt, beträgt er in der Östlichen Vorstadt 13 Prozent und in Borgfeld lediglich 7 Prozent. Somit entscheidet die häusliche Herkunft maßgeblich über Chancen beim Start ins Schulleben. Wenn in Familien die deutsche Sprache nicht gehört und gesprochen wird, lassen sich diese Rückstände in Kita und Schule schwer aufholen, erst recht dann nicht, wenn dort Jahr für Jahr viel zu wenige Betreuungsplätze gerade in den sozioökonomisch herausgeforderten Stadtteilen zur Verfügung stehen.

Im Juni 2021 lagen in der Stadtgemeinde Bremen **1.098** Anmeldungen von **unversorgten Kindern** vor, 440 Krippenplätze und 658 Kindergartenplätze fehlten. Mehr als zwei Drittel dieser insgesamt fehlenden Plätze werden händeringend von Eltern in den Stadtteilen Vegesack, Gröpelingen, Osterholz, Huchting, Obervieland, Walle, Blumenthal und Hemelingen gesucht. Bremen verweigert frühkindliche Bildung demnach zuallererst Kindern, die so dringend den Kontakt zu Gleichaltrigen und Sprachförderung für ihre Entwicklung benötigen. Noch mehr Familien stehen auf einrichtungsbezogenen Wartelisten, hier vergeht für **weitere** nahezu **1.200** Kinder kostbare Lebenszeit, die nicht mehr nachzuholen ist. Tragisch ist die Situation, wenn Kita-Räume eingerichtet sind aber nicht mit Leben gefüllt werden können, weil das Fachpersonal fehlt. Der Fachkräftemangel von heute befördert somit den Fachkräftemangel von morgen.

Zu allem Übel ist auch noch der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst in der Stadtgemeinde Bremen personell unterbesetzt, in Bremerhaven fallen immer mehr Entscheidungen über Schuleignung nach Aktenlage. Und der Mangel hält ein ganzes Schulleben an: Zu Beginn des Schuljahres 2020/2021 konnten in der Stadtgemeinde Bremen **1.679 Lehrerwochenstunden** aufgrund fehlender vollausgebildeter Lehrkräfte **nicht gedeckt** werden, was einem Volumen von 63,17 VZÄ entspricht. Mehr als 5.800 Lehrerwochenstunden werden durch Personal der „Stadtteilschule“ realisiert, was wiederum einem Volumen von 220,28 VZÄ entspricht. In der Seestadt Bremerhaven fehlen mehr als 30 Lehrerinnen und Lehrer. Unser Bildungssystem ist zunehmend auf nichtpädagogisch Ausgebildete aus anderen Berufen angewiesen, die durch Seiteneinstieg den Unterrichtsbetrieb aufrechterhalten. So geraten Quantität und Qualität von Lehre „Made in Bremen“ immer mehr in Schieflage. Ganztagschulausbau, Doppelbesetzung an Grundschulen, Qualitätsinstitut? Auf diese Versprechen des Senats warten wir hier schon viel zu lange.

Wen wundert hiernach noch das schlechte, häufig schlechteste Abschneiden von Bremer Schülerinnen und Schüler im Bundes-Ranking. Und das über alle Jahrgangsstufen hinweg. Lernrückstände betragen je nach Fach mitunter mehr als ein Schuljahr. Der erst im Juni 2021 vorgelegte „VERA-8 Test“ bestätigt erneut, wie es um das Leistungsniveau unserer Kinder und Jugendlichen bestellt ist: *„Es ist (...) hervorzuheben, dass die Bremer Ergebnisse in Mathematik weiterhin sehr schwach ausfallen. Es ist ein deutlicher Zusammenhang von Sozialstufe und erreichter Leistung zu erkennen.“*

Dementsprechend gespalten bleibt die Schülerschaft bis zum Ende der Schulzeit. So liegen beispielsweise die sonderpädagogischen Förderquoten in den Quartieren Walle, Osterholz, Gröpelingen und Blumenthal bei 11 bis 15 Prozent, in den Quartieren Schwachhausen, Borgfeld, Oberneuland und Östliche Vorstadt dagegen bei nur 2 bis 3 Prozent. Während im Stadtteil Gröpelingen **44 Prozent** der Absolventinnen und Absolventen mit einem Zeugnis **unterhalb des mittleren Schulabschlusses** und nur 19,5 Prozent mit dem Abitur ins Erwachsenenleben starten, verlassen in Borgfeld 94 Prozent der Jugendlichen ihre Schule mit Hochschulreife. 2020 verfügten etwa 10 Prozent aller in Bremen Schulentlassenen über keine Berufsbildungsreife

DAS GEHT UNS ALLE AN.

Wenn es im Land um Armut geht, nehmen Lethargie und Resignation zu. Kein Aufreger-Thema mehr? Es scheint, als hätten sich Sozialdemokraten, GRÜNE und LINKE, Medien und Gesellschaft daran gewöhnt oder schlimmer noch mit der Situation arrangiert. Ein gefährlicher Kurs, den wir uns im wahrsten Sinne des Wortes nicht länger leisten können. Der Haushaltsentwurf für die kommenden Jahre 2022 und 2023 sieht **Ausgaben im Bereich Soziales** in Höhe von insgesamt **3,53 Milliarden Euro** vor – auch diese Zahl sprengt alle bisherigen Rekorde. *„Der Löwenanteil des Sozialhaushalts fließt in gesetzlich verpflichtete Sozialleistungen.“*, betont die Sozialsenatorin. Gemeint sind vor allem die Hilfen zum Lebensunterhalt und die Kosten der Unterkunft für Menschen ohne eigenes oder mit geringem Einkommen. Der Sozialetat des Landes wächst im Jahr 2022 im Vergleich zum Jahr 2020 um rund **3,4 Prozent** und im Jahr 2023 gegenüber dem Ansatz 2022 nochmals um **30 Millionen Euro**. Die Steigerungen sind Beleg dafür, dass der Senat vor der Aufgabe, Hilfebedürftigkeit zu reduzieren, kapituliert. Die rot-grün-rote Landesregierung glaubt längst selbst nicht mehr an eine Trendumkehr im Kampf gegen Armut, Spaltung und Instabilitäten.

„Längerfristiges und stabiles Wirtschaftswachstum ist nur möglich, wenn Städte als Ganzes sozial ausgeglichen und stabil bleiben.“ So steht es geschrieben in der sogenannten „Leipzig-Charta“, dem Leitdokument einer zeitgemäßen europäischen Stadtpolitik. Und so gesehen ist Armut längst nicht mehr nur das Problem von Randgruppen. Es ist ein **Kernthema unserer Gemeinschaft**, erst recht im kleinsten Bundesland. Im Minutentakt sind wir hier in anderen Welten unterwegs, Arm und Reich in Nachbarschaft. Eine gesplattene Gesellschaft auf engstem Raum gefährdet den Wirtschaftsstandort und damit die Eigenständigkeit Bremens.

Zum Katalog heutiger Standortfaktoren für Investitions- und Ansiedlungsentscheidungen gehören neben Infrastruktur, Verkehr, Forschung, Umweltauflagen, Steuern und Wirtschaftsförderung längst auch die politische und soziale Situation, Arbeitskräfte, Mentalität, Wohn- und Freizeitaktivitäten sowie die Werbewirksamkeit des Standortes selbst. Ein Land, welches in Sachen Bildung, Arbeit und Soziales dauerhaft die rote Laterne trägt, hat es da im Wettbewerb schwer. Keine noch so clevere Imagekampagne kann dieses Grau an Tatsachen schönfärben. Jede weitere Entscheidung von Investoren für andere Bundesländer im Standortwettbewerb und jede neue IQB-Studie zum Bildungsmissstand im Land Bremen führen im Ranking zu weiteren Rückschlägen auch in Sachen Armut. Ein Teufelskreislauf, den es zu durchbrechen gilt.

VERPASSTE CHANCEN, VERLORENE JAHRE.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat das Thema Armut durch zahlreiche parlamentarische Initiativen immer wieder bewegt. Im Jahr 2014 haben wir einen **„Ausschuss zur Bekämpfung und Prävention von Armut und sozialer Spaltung“** initiiert, gegen anfängliche Widerstände durchgesetzt und ihm unter aktiver Einbeziehung externen Sachverständigen vorgesessen. Expertinnen und Experten empfahlen der Politik Grundsätzliches: Die Etablierung von Forderungsstrukturen statt nur Angebotsstrukturen, die Priorität des Erziehungsauftrages vor dem Bildungsauftrag, langfristige Ansätze statt kurzfristigem Balsam, sie äußerten die Sorge vor weiterer Absenkung schulischer Anforderungen, zudem sollte Armut nicht mehr nur als „Hunger

nach Brot“, sondern vielmehr als „Hunger nach dem Ende der Deklassierung“ verstanden werden.

Die Replik auf den Abschlussbericht mit seinen Empfehlungen fiel seitens der Ressortverwaltungen mager aus. Die zahlreichen Stellungnahmen, Hinweise und konkreten Vorschläge zur Bekämpfung der Ursachen von Armut wurden schlichtweg überhört, so auch die Minderheitenvoten der CDU-Mitglieder für verbindliche Sprachförderkonzepte, für einen Kita-TÜV, für multikompetente Schulen, für ein Rahmenkonzept gegen Kinderarmut, für ein Recht auf Ganztagsbetreuung von Kindern Alleinerziehender und anderes mehr.

Die vielen Protokolle und Dokumente wurden offensichtlich nur abgeheftet und eben nicht dankbar für Regierungshandeln aufgenommen. Indes stieg die Armutsquote in den letzten zehn Jahren um weitere fünf Prozentpunkte, die Spaltung nahm zu. Berge von Papier gipfelten in noch mehr Frustration insbesondere bei denen, die auf Dauer perspektivlos blieben.

So, wie die zahlreichen parlamentarischen Initiativen, konnten auch **vier** außerparlamentarische **Armutskonferenzen** mit den Schwerpunkten Kinder, Jugend, Gesundheit und Quartiere die Missstände nur benennen und Öffentlichkeit sensibilisieren. Zu neuen politischen Weichenstellungen aber haben sie nicht geführt. Im Jahr 2009 verpflichtete sich der Senat mit eigenem Beschluss zur Vorlage eines **Armuts- und Reichtumsberichts** pro Legislaturperiode. Erschienen sind der Erste Armuts- und Reichtumsbericht 2009 (17. Legislatur) und der Zweite Armuts- und Reichtumsbericht 2015 (19. Legislatur). Der letzte Bericht basiert auf **Daten der Jahre 2007 – 2012 (!)** und kann wohl kaum mehr Grundlage für aktuelle Handlungserfordernisse sein.

Offensichtlich sieht der so „soziale“ Senat unter rot-grün-roter Flagge überhaupt keine Veranlassung für ein Update als Handlungsgrundlage seiner Politik. Letztmalig musste er im Dezember 2020 mit Dringlichkeitsantrag der CDU-Bürgerschaftsfraktion (Drucksache 20/753) wiederholt daran erinnert werden, längst überfällige Daten und Fakten zu liefern. Wir haben diesen Antrag nicht gestellt, um noch mehr Papier zu produzieren, sondern um in der laufenden Legislatur einen evidenzbasierten Masterplan zur Bekämpfung von Armut im Land Bremen einzufordern. Bereits im Frühjahr 2018 kündigte der Senat auf eine Große Anfrage der CDU-Bürgerschaftsfraktion (Drucksache 19/1586) an: *„Die Vorlage des dritten Armuts- und Reichtumsberichtes soll Ende 2019 erfolgen. Bis dahin wird der Senat eine Fortschreibung armutsrelevanter Daten vornehmen und kommentieren.“* Nunmehr äußerte sich die Sozialsenatorin in der Debatte zu unserem Antrag am 16.12.2020 wie folgt: *„Der Senat wird einen Armutsbericht vorlegen und die Kritik nehme ich auch gern an, ja, wir müssen nachsitzen, wir sind nicht schnell genug gewesen beim Vorlegen des Armutsberichtes. Ich kann dafür auch Gründe nennen. Es ist auch schlichtweg Überlastung. Auch das, was Carsten Meyer-Heder gefordert hat, bereitet bei der Erstellung des Armutsberichtes große Probleme. Wir haben gesagt, bewertet eure Maßnahmen, legt Indikatoren fest, wie ihr den Erfolg messen wollt. Wir wollen als Sozialressort wissen, woran sich der Erfolg der Programme misst, die der Senat in jedem Ressort angeschoben hat, und das fällt augenscheinlich auch einigen Ressorts schwer. Wir sind jetzt dabei, in der Feinabstimmung. Ich sage jetzt hier, Ende des ersten Quartals [2021] werden wir diesen Bericht vorlegen.“*

Bis dato liegt der **Dritte Armuts- und Reichtumsbericht** (Ende des dritten Quartals 2021) noch immer **nicht** vor. Der Senat verweigert seit mehr als zwei Jahren die Offenlegung der aktuellen Situation von Arm und Reich im Land Bremen. Und das aus ungutem Grund: Bürgerschaft und Öffentlichkeit werden hingehalten, um sich wiederohne Konzept und Ergebnisse über eine Legislatur zu retten und bittere Wahrheiten nicht auf den Tisch des Hohen Hauses legen zu müssen. Wir nennen das schlichtweg Arbeitsverweigerung. Interessant ist die Begründung zum Verzug, wonach sich die Wahl von Indikatoren und die damit einhergehende Erfolgsmessung schwierig gestalte und zwischen den Ressorts unterschiedlicher Parteilinien Abstimmungsprobleme bestünden. Streit behindert Handlungsfähigkeit. Und das beim politischen Markenkern von Rot-Grün-Rot.

ALTE REZEPTE AUF NOCH MEHR PAPIER.

„Wir fördern soziale Teilhabe in lebendigen Quartieren, schaffen Perspektiven und bekämpfen Armut und Segregation. Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in unseren Städten ist ein Schwerpunkt dieser Koalition.“ So steht es in der rot-grün-roten **Koalitionsvereinbarung** für die laufende 20. Wahlperiode geschrieben. Das Wort **„sozial“** kommt dort **165-mal** vor (31-mal mehr als unter Rot-Grün in der 19. Legislatur). Gleichsam verliert der Fokus auf „Teilhabe“, im aktuellen Regierungsprogramm 29-mal benannt, eine Legislatur zuvor noch 40-mal. Das Wort „Armut“ ist 17-mal, das Wort „Gerechtigkeit“ 18-mal zu lesen. *„Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“* Wie viele Menschen in prekären Lebenslagen müssen sich an Goethes Faust erinnert fühlen: nicht endende Langzeitarbeitslosigkeit, überfordernde Bürokratie bei Hilfeleistungen in den Ämtern, allein mit Kind und ohne Betreuungsplatz, hunderte Bewerbungsschreiben auf Jobs mit ebenso vielen Absagen, Stapel von ungeöffneten Rechnungen, mangelnde Schulabschlüsse, ohne Aussicht auf einen ernährenden Beruf, parallel drei Minijobs und aufstockende Sicherungsleistungen, die zum Überleben aber nicht zum Leben reichen.

Im Sozialnotlageland Nr. 1 ist **keine ressortübergreifende Strategie** gegen Armut erkennbar – nicht einmal auf dem Papier. Im Gegenteil: „Maßnahmekarrieren“ statt Berufskarrieren – wenn die einen sich verfestigen, gibt es kaum noch Chancen auf die anderen. Verabsäumt wird, Armutsbekämpfung endlich interdisziplinär zu begreifen und anzugehen. Die Koalition setzt in ihrer Schrift zwar auf ein „koordiniertes Zusammenspiel“ und nennt beispielhaft die Bereiche Bildung, Gesundheit und Stadtentwicklung. Diese Schlagwörter jedoch bleiben ohne jede Substanz. Bezeichnend für Rot-Grün-Rot ist, dass beim Thema der Bezug zum Bereich Arbeit und Wirtschaft fehlt. So wird der Koalitionsvertrag selbst zum Armutszeugnis. Entscheidend ist, was nicht im Vertrag steht.

Die allermeisten Ausführungen im Regierungsprogramm tragen **rein deklaratorischen Charakter**. Sie stellen Verhältnisse fest, ohne sie ändern zu wollen bzw. zu können. In der Vereinbarung wird auf einen „Dreiklang aus Prävention, Bekämpfung der Ursachen von Armut und der Sicherstellung von Teilhabe“ abgestellt, ohne diese Begriffe hinsichtlich ihrer Bedeutung für den sozialen Ausgleich im Land mit Leben zu füllen. Was konkret heißt Prävention? Welche Ursachen sind gemeint? Teilhabe selbst bezieht sich ausschließlich auf ein verbessertes Leben **in** Armut aber eben nicht auf Teilhabe durch Überwindung **von**

Armut. Die Ausführungen in Bezug auf „Soziale Städte“ verengen sich im Regierungsprogramm ausschließlich auf vermeintliche Teilhabe von Menschen in prekären Lebensverhältnissen. Weiter reicht der politische Horizont für die von Armut Betroffenen nicht. Immer ruft der Senat zuallererst laut nach finanziellen Hilfen vom Bund. Die Regierung in Berlin soll richten, was verfehlte Bildungs- und Wirtschaftspolitik in Bremen anrichten. Hartz IV wolle man überwinden, den Regelsatz erhöhen, Sanktionen abschaffen, die Kommunen entlasten, Erbschaften und Vermögen stärker besteuern und den Spitzensteuersatz anheben – seit so vielen Jahren die immer gleichen untauglichen Worthülsen, ein **Regierungsprogramm der Hilflosigkeit**. Die Gewährung und Höhe von Leistungen der Grundsicherung ist und bleibt Bundesangelegenheit. Bildung, Ausbildung und Arbeit hingegen passieren vor Ort und sind Kernaufgaben des Landes. Das muss endlich auch in Bremen begriffen und anerkannt werden.

Der Senat tritt auf der Stelle. Landesinitiativen drehen sich allein um Abfederung von Entbehrungen in der Grundsicherung, getreu dem Motto: „Wir können Armut nicht bekämpfen, wir können sie nur erträglicher machen.“ So werde man einen Härtefallfonds bei Energie- und Wassersperren auflegen, die Arbeits-, Sozial- und Schuldnerberatung ausbauen, Angebote von „Housing first“ bis hin zu Trinkwasserbrunnen realisieren, Schließfächer und kostenlose Toiletten für Wohnungslose erweitern, den Bremen-Pass für Papierlose zugänglich machen und öffentlich geförderte Beschäftigung sichern. Nebenbei der Versuch, über kaum noch zählbare WiN-Projekte ein Leben in Tristesse von Arbeitslosigkeit sowie Ausgrenzung in Bürgerhäusern und Quartierszentren ein bisschen bunter zu machen. Das führt zur Manifestierung von Armut, nicht jedoch zur Befreiung aus Armut.

EINE FUNDAMENTAL NEUE HANDSCHRIFT.

Ein Regierungsprogramm „Made in Bremen“ braucht nach 75 Jahren endlich mehr als Lippenbekenntnisse aus der Mottenkiste, es braucht dringend eine neue Handschrift in Sachen Armutsbekämpfung. Wir wollen den Staub von untauglichen Maßnahmen mittels Evaluation abklopfen. Dazu braucht es eine ehrliche und transparente Auseinandersetzung über Sinn und Unsinn jeder einzelnen politischen Intervention und das entschlossene und geschlossene **Handeln aller Ressorts**. Die Politik der CDU-Bürgerschaftsfraktion unterscheidet sich hierbei grundsätzlich vom Ansatz der drei regierenden Parteien.

Wir wollen den Ausstieg aus verfestigter Armut und damit einhergehend tatsächlichen sozialen Aufstieg durch Bildung und Arbeit ermöglichen und nicht durch weitere Umverteilung der von Erwerbstätigen erwirtschafteten Steuergelder in Sozialsysteme, die die Menschen in diesen gefangen halten. Wir wollen eine Politik mit Perspektive, fördernden Rahmenbedingungen und Eigenverantwortung. Ja, „**Fördern und Fordern**“ sind zwei Seiten der gleichen Medaille und haben für uns nach wie vor nichts an Berechtigung verloren. Es braucht den unbedingten Willen, sich aus dem Elend zu befreien, gepaart mit dem persönlichen Engagement jeder und jedes Einzelnen vor allem im Interesse der vielen Kinder in den Bedarfsgemeinschaften. Und da, wo gesundheitliche und andere Beeinträchtigungen Selbsthilfe nicht ermöglichen, braucht es konsequente und passende Unterstützungsangebote.

Wir wollen „arm bleibt arm“ verhindern. Es gilt, den **Teufelskreis** für die kommende Generation zu durchbrechen. Wer das Problem von Kinderarmut, die im Kern immer Elternarmut ist, **allein** mit mehr Kindergeld und Kindergrundsicherung lösen will, hat die Ursachen und Auswirkungen von Kinderarmut schlicht nicht verstanden. Wer weiterhin der Ideologie aufsitzt, immer höhere Sozialleistungen seien gleichbedeutend mit einem Mehr an Lebenshilfe für arme Menschen, handelt politisch unverantwortlich und unsolidarisch auch gegenüber denen, die die Transferleistungen erarbeiten, mitunter auch in ungesicherten und geringfügig entlohnten Jobs. Unter Verantwortung für eine Politik gegen Armut verstehen wir, anders als die Koalition, eben nicht den dauerhaften und immer höheren Bezug von Grundsicherungsleistungen, sondern die Befreiung aus dem Bezug hin zu einem selbstbestimmten Leben. Nur hierin liegt echte Lebenshilfe. Alles andere ist in Teilen auch eine asoziale Politik.

Wir jedenfalls schreiben **keinen** Menschen per se ab. Wir wollen Vielfalt fördern und sind überzeugt davon, dass jeder Mensch Stärken hat, manchmal verborgen aber nicht für immer verschüttet. Unsere Politik lässt sich nicht von Defiziten, sondern von Potenzialen leiten. Ein gut organisiertes und realisiertes Fallmanagement braucht Beteiligung und Mitwirkung auf Augenhöhe. Wir teilen nicht das Bild der vorgeblich „sozialen“ Parteien von unmündigen, dauerhaft alimentierten Bürgerinnen und Bürgern.

Dagegen setzt die CDU-Bürgerschaftsfraktion auf Aktivierung, Ausbildung und Arbeit. Das Ziel bleibt ein von Transferleistungen unabhängiges Leben. Anstelle von Ressentiments bauen wir auf Ressourcen und geben Rückhalt bei beruflichen Vorhaben. Unter wirklicher Teilhabe verstehen wir frei gewählte und selbstbestimmte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und eben nicht die vom Staat organisierte Teilhabe als Geste großzügig von oben zugeteilter Teilgaben.

Wir buchstabieren Politik gegen Armut fundamental anders:

		SPD, Grüne, Linke	CDU
A	wie:	Alimentation	Aktivierung, Ausbildung, Arbeit
R	wie:	Ressentiments	Ressourcen, Rückhalt
M	wie:	Mangel, Makel	Management, Mitwirkung
U	wie:	Unmündigkeit	Unabhängigkeit
T	wie:	Teilgabe	Teilnahme, Teilhabe

Es gibt sie, die politischen Alternativen: Aktivierung statt Alimentierung. Autarkes Leben statt betreuter Armut. Wege aus Armut gestalten statt Armut verwalten. Dazu braucht es ein anderes Denken, mutige Ideen, neu ausgerichtete Konzepte und Strukturen. Und die Neuverteilung von Geldern, die eben nicht in Strukturen versickern, sondern die Menschen erreichen, die heute noch hinter jeder Armutszahl stehen. Es lassen sich **nicht Alle**, aber es lässt sich **mehr** erreichen.

Im Jahr 2014 stellte sich beim Thema Armut ein Bürgermeister in Bremen noch selbst an die Spitze der Bewegung und forderte: *„Hingucken und Handeln“*. Vor sieben Jahren waren vom Regierungschef im Parlament noch Sätze wie diese zu hören: *„Armut ist vor allem eines nicht, es ist kein Problem der Statistik, sondern Armut ist konkret.“*

Wer mit offenen Augen und Ohren durch unsere Stadtteile geht, der weiß, dass Armut nicht nur heißt, wenig Geld im Portemonnaie zu haben, sondern Armut heißt auch, dass die Chance, für gute Gesundheit, die Lebenschancen, die Bildungschancen, die Chancen für gutes Wohnen und häufig auch die Teilnahme am sozialen Leben schlechter sind.“ Das ist lange her. Heute herrscht Schweigen. „Impferfolge“ lassen sich mit breiter Unterstützung von Wirtschaft und Gesellschaft eben leichter erzielen als Erfolge bei der Armutsbekämpfung.

EVALUATION? FEHLANZEIGE!

Die verfehlte Armuts- und Sozialpolitik des Bremer Senats kostet uns Millionen an Steuermitteln. Wie viel Geld davon in Strukturen versickert und eben nicht als echte Lebenshilfe bei den Menschen ankommt, die es vorgeblich erreichen soll, interessiert Rot-Grün-Rot offenbar nicht. Hier fordern wir die Besinnung auf eine Kosten-Nutzen-Relation. Nach Auffassung der CDU-Bürgerschaftsfraktion gehören ressortübergreifend alle Maßnahmen und Projekte die vorgeben, Armut in diesem Land zu lindern und Teilhabe zu fördern, dringend auf den **Prüfstand**. Die Messung von Effizienz der hierzu verausgabten Steuermittel ist für uns ein zentraler erster Baustein und Voraussetzung für ein Umsteuern in der Armutspolitik.

Die Probleme der Landesregierung bei der Zuordnung und Bewertung von Maßnahmen sind nicht neu. Bereits im Zweiten Lebenslagenbericht wurde im Jahr 2015 eine entsprechende **Evaluation** empfohlen und wie folgt begründet: *„Da die Maßnahmen überwiegend in den jeweiligen Fachressorts entwickelt wurden, steht bisher in erster Linie die Fachlichkeit und Sinnhaftigkeit der aus dem jeweiligen Fachkonzept abgeleiteten Einzelmaßnahmen im Vordergrund. Wichtig ist es aber, künftig die Maßnahmen im Kontext von Armutsbegrenzung und Erhöhung von Teilhabechancen einer Bewertung zu unterziehen, um die Wirkungen der einzelnen Maßnahmen näher bestimmen und die Maßnahmen zielgerichteter einsetzen zu können.“*

Der Senat hat sich diese Handlungsmaxime in all den zurückliegenden Jahren aber nie zu eigen gemacht. Es gibt bis heute keine Bereitschaft, sich mit den eigenen Maßnahmen und der Vielzahl von Modellprojekten hinsichtlich ihrer Ansprüche und Zielführung kritisch auseinanderzusetzen.

Das Institut Arbeit und Wirtschaft an der Universität Bremen (iaw) sah sich im Jahr 2016 nicht in der Lage, eine entsprechende Evaluation vorzulegen und begründete dies mit einem zu begrenzten kurz- bis mittelfristigen Zeitrahmen, mit einem unverhältnismäßigen Erhebungsaufwand, mit erst längerfristigen Wirkungen von Maßnahmen sowie mit einem enormen methodischen Aufwand, der weder finanzierbar noch legitimierbar sei. Somit blieben Untersuchungen von Kausalzusammenhängen zwischen Einzelmaßnahmen und ihren Wirkungen auf Armutsbegrenzung aus. An die Stelle fundierter Wissenschaft trat eine Bilanz zu *„ausgewählten Beispielen“* aus der Praxis: 30 Experteninterviews in Senatsbehörden und bei Trägern in den Quartieren, acht Telefoninterviews mit Ortsamtsleitungen und drei „Round-Table-Gespräche“ mit Praktikerinnen und Praktikern ersetzen die schon damals dringend angezeigte Wirkungsanalyse. Arme oder armutsgefährdete Menschen als Zielgruppe wurden im Land Bremen zu keiner Zeit befragt; aus Sicht der CDU-Bürgerschaftsfraktion ein inakzeptables Versäumnis.

Allein auf Basis der nur wenigen Praxisbeispiele bescheinigte das iaw der Landesregierung im Jahr 2018 ein „wenig effizientes Governance der Armutspolitik“ und stellte fest: „Bei der Planung, Steuerung, Regulierung und Koordination von Armutspolitik ist nicht zu erkennen, dass das Handeln der beteiligten Akteure von einem Bewusstsein gemeinsam gesellschaftlicher Verantwortung für die Entwicklung von sozialen Lagen angeleitet wird. Dementsprechend reflektieren die vielen Einzelinterventionen auch kaum kollektive Zuständigkeit, koordinierte Arbeitsteilung und abgestimmte Kooperation.“

Auch in Bezug auf das Landesprogramm „Wohnen in Nachbarschaft (WiN)“, welches in den zurückliegenden Jahren etwa 2.800 Einzelprojekte in Verantwortung von 270 Trägern zählte und mehr als 2 Millionen Euro jährlich kostet, muss sich der Senat in einer Begutachtung des Instituts „empirica“ bescheinigen lassen: „Bislang besteht keine strategische und systematische Einbettung und letztlich auch keine verbindliche Zielsetzung.“ Weiterhin wird vermerkt: „WiN-Budgets werden zur Kompensation von zu geringen Regelausstattungen genutzt.“ Was für ein weiteres Armutszeugnis. Die Regierungskoalition nahm all die Bälle der Kritiker jedoch nicht auf und weigerte sich oder sah sich überfordert, ihren Kurs zu korrigieren. Wo kein politischer Wille, da kein Weg.

DRITTER ARMUTS- UND REICHTUMSBERICHT: VORLAGE JETZT.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion fordert die **unverzügliche Vorlage des Dritten Armuts- und Reichtumsberichts** „Lebenslagen in Land Bremen“. Aber nicht irgendeinen Bericht. Die Qualität des Berichtswesens ist gegenüber den ersten beiden Vorlagen deutlich zu steigern. Wir stellen höhere Anforderungen an die Darstellung diverser Lebenslagen, an die Auswahl von Indikatoren, an die Güte der Evaluation und vor allem an den Nachweis von Kausalzusammenhängen zwischen Maßnahmen, Ergebnissen und Planungen. Das bloße Nebeneinanderstellen und zusammenhangslose Ausführungen bringen uns keinen Schritt voran und zeugen von kopfloser Politik.

Hierzu ein Beispiel aus dem Zweiten Lebenslagenbericht: Im Bereich Gesundheit wurden geringere Lebenserwartungen in benachteiligten Stadtteilen als Ergebnis benannt und diesem Befund Maßnahmen, wie Kinderfrüherkennungsuntersuchungen, Gesundheitstreffpunkte, ein Runder Tisch „Männergesundheit“ oder Humanitäre Sprechstunden zugeordnet, willkürlich und ohne Nachweisführung von Effekten. Weitere künftige Planungen waren nicht vorgesehen.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion ist angesichts der Problemlage im Land nicht gewillt, ein solches planloses Vorgehen hinzunehmen. Wir stehen für **Qualität** und fordern Kompetenz sowie **Validität** in der **Berichterstattung** für die Bereiche schulische und berufliche Bildung, Arbeits- und Wirtschaftsförderung, Gesundheitsversorgung, Wohnlagen, soziale Infrastruktur und Hilfeleistungen. Folgende Kennziffern sind aus unserer Sicht in die Analyse einzubeziehen: Einkommens- und Vermögensverteilung, Bevölkerungsstruktur, Lebenserwartung, subjektiver Gesundheitszustand, Behinderung, Kinderbetreuung, Investitionen in Bildung, Bildungsniveau, Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, Wohneigentum der privaten Haushalte, Wohnkostenbelastung, Wohnfläche, mangelhafter Gebäudezustand, Beeinträchtigung durch Lärm und Luftverschmutzung, politisches Interesse, freiwillig Engagierte, mangelnder sozialer Kontakt, Wahlbeteiligung, Armutsrisiko, Wirkung von Sozialtransfers, „In Work Poverty“, Langzeitarbeitslose und Langzeiterwerbslose, Mindestsicherung, vorgelagerte Leistungen, Überschuldung, Wohnungslosigkeit, materielle Deprivation,

fehlende Schul- und Berufsabschlüsse, Einkommensreichtum, Top-Vermögenseinkommensbezieher, Top-Nettovermögende, Steuerpflichtige mit Höchststeuersatz, Einkommensmillionäre, Einkommensanteil der Spitzenverdiener, Vermögensübertragungen.

Zudem fordern wir in einem Dritten Armuts- und Reichtumsbericht Planungsvorhaben mit konkreten **Kennziffern** und quantitativen wie qualitativen **Zielmarken** ein, die eine Kontrolle der zu formulierenden Zielstellungen ermöglicht. Welche Ziele sollen denn konkret mit Hilfe welcher Einzelintervention erreicht werden? Wie stehen Einzelinterventionen zueinander in Beziehung oder Abhängigkeit? Zudem sind alle Maßnahmen und Projekte in einen direkten Zusammenhang zum erhobenen Problembefund zu stellen. Inwiefern ist eine Maßnahme zur Problembewältigung geeignet oder eben nicht? Was konkret wurde zur Veränderung von Lebenslagen erreicht? Aus der Bewertung von erfolgreichen oder eben nicht erfolgreichen Maßnahmen sind politische Schlüsse zu ziehen, die wiederum Eingang in die künftige Planung von politischen Interventionen finden müssen.

BUNDESPOLITIK MIT RICHTLINIENKOMPETENZ.

Der Bund hat, anders als das Land Bremen, auch in Pandemiezeiten seine Hausaufgaben gemacht und dem Bundestag wie der Öffentlichkeit auf Datenbasis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) Mitte Mai 2021 den **Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht „Lebenslagen in Deutschland“** vorgelegt. Alle vier Jahre liefert dieser Bericht fundierte Daten über Armut und Reichtum in Deutschland, zeigt die Komplexität und Vielschichtigkeit beider Seiten auf und stellt Lebenslagen möglichst realistisch dar.

Die Informationen darin sind kein Selbstzweck, vielmehr dienen sie der Entwicklung von grundlegenden politischen Handlungsoptionen zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut und Ungleichheit. Und vor allem geht es um die Überprüfung vormals eingeleiteter politischer Maßnahmen. Wir empfehlen der Landesregierung dringend, sich an diesen Kompetenzen des Bundes auszurichten.

Die Analysen des Berichts „Lebenslagen in Deutschland“ stehen in einem engen Zusammenhang mit Indikatoren der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS), mit der die Bundesrepublik die 2015 unterzeichnete globale Agenda für nachhaltige Entwicklung („Agenda 2030“) umsetzt. Die Agenda umfasst ökologische, ökonomische und soziale Ziele unter der Devise: „leave no one behind“. Als wichtige Lebenslagen, die für Wohlergehen, Partizipation und Verwirklichungschancen von Menschen eine zentrale Rolle spielen, werden Erwerbsleben, Bildung, Gesundheit, Wohnen, freiwilliges und politisches Engagement sowie gesellschaftliche Teilhabe untersucht. Von besonderer Relevanz hierbei sind Auf- und Abstiegsmobilität in Bildung und Beschäftigung – ein so wichtiger Aspekt, der im Bremer Berichtswesen bislang völlig außen vor blieb.

Ein ganzes Bündel von Indikatoren braucht es zur Bewertung dieser komplexen Sachverhalte. Der Bericht der Bundesregierung enthält ein Tableau von **38 Indikatoren**. Bremen beschränkt sich mit **19 Merkmalen** auf ein deutlich schmaleres Spektrum. Anders als die Landesregierung versteht die Bundesregierung ihren Armuts- und Reichtumsbericht als „*Teil eines Rückkopplungsprozesses, in dem Handlungsbedarfe identifiziert und entsprechende Maßnahmen in einem parlamentarischen Prozess ausgehandelt und bei entsprechender Beschlusslage eingeführt werden*“. Unter diesen Prämissen überprüft und bewertet die Bundesregierung eine Vielzahl ihrer in den vergangenen Jahren eingeleiteten Maßnahmen und die damit verbundenen Verwaltungsabläufe. Relevante Überprüfungsergebnisse werden in Zuordnung zu den Lebenslagen offengelegt, diskutiert und auch zur Disposition gestellt. Bevor der Bremer Senat wieder seine Forderungen an den Bund stellt und unaufhörlich nach noch mehr Geld im Sozialbereich ruft, sollte er seine Hausaufgaben machen und die Standards des Berichts über Lebenslagen in Deutschland zum eigenen Maßstab erklären und umsetzen.

Ohne Wenn und Aber muss sich der Senat den Ansprüchen im Kampf gegen Armut stellen. Angesichts der dauerhaft höchsten Armutsquote in Deutschland duldet die CDU-Bürgerschaftsfraktion kein weiteres Wegducken in diesen Fragen. Eine neue Qualität ist dringend angezeigt. Schließlich ist endlich zu erklären, warum sich unser Bundesland unter den gleichen Rahmenbedingungen immer mehr von anderen Bundesländern abkoppelt. Welche Ursachen sind hierbei hausgemacht?

Transferleistungen und Armutsquoten steigen unaufhörlich und überproportional, ein deutlicher Fingerzeig auf unzureichende landespolitische Ansätze und antiquiertes Ressortdenken. Wir brauchen in Bremen eine **Neuausrichtung** der Armutspolitik; für die CDU-Bürgerschaftsfraktion beginnt sie mit Berichtswesen, Analyse und Evaluation, dessen was gut und was nicht funktioniert. Maßnahmen können fehlbar sein, sie nicht beim Namen zu nennen und weiterzuführen, wäre der größte Fehler. Die Stellschrauben gegen Armut liegen nicht im Sozialbereich. Wir fordern mehr **Courage** in den für uns zentralen Bereichen von Armutsbekämpfung: Bildung, Ausbildung, Arbeit und Wirtschaft.

LAND SCHAFFT BILDUNG.

Wie eingangs aufgezeigt, stehen die unzureichende frühkindliche Bildung und spätere schulische Defizite bei Kindern und Jugendlichen oftmals am Beginn von Armutskarrieren ohne Perspektive. Vor allem die so unterschiedlichen Ausgangslagen in den Stadtteilen Bremens und Bremerhavens sind der bildungspolitische Offenbarungseid einer rot-grün-roten Landesregierung schlechthin. Nirgendwo sonst in Deutschland lässt sich der unmittelbare Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und individuellen Bildungschancen so eindrücklich belegen, wie in Bremen. Und solange Bildung noch Ländersache ist, liegt die Verantwortung dafür beim Senat.

Die Befunde für die Stadtgemeinde Bremen sind so frappierend wie eindeutig: Auf der chancenarmen Seite stehen fortwährend die sozioökonomisch belasteten Quartiere (wie Gröpelingen, Blumenthal, Huchting), auf der chancenreichen Seite die sozioökonomisch starken Quartiere (wie Borgfeld, Schwachhausen, Östliche Vorstadt). War es doch das erklärte zentrale Ziel des sogenannten **Bildungskonsenses**, diese Spaltung und den aufgezeigten Zusammenhang bestmöglich aufzulösen bzw. abzumildern. Das wurde bis heute nicht auch nur annähernd erreicht. Die Gründe für den ungebrochenen Fortbestand dieser Situation sind komplex und vielschichtig. Die Lage hat sich über die zurückliegenden Jahre eher noch verfestigt. Aktuell geht es immer nur um den Versuch der Schadensbegrenzung, keinesfalls um die Auflösung von Ursachen. Die Kluft ist so groß, dass sich das Bildungsressort außer Stande sieht, diese zutiefst unsoziale Situation mit bildungspolitischen Maßnahmen wenigstens abzumildern – von einer wirklichen Änderung der Verhältnisse ist schon gar keine Rede mehr.

Aus Sicht der CDU-Bürgerschaftsfraktion gilt es, den Fokus auf den Einstieg in die individuelle Bildungskarriere sowie den Bereich Sprachbildung und -förderung zu legen. Entscheidend dafür ist die **Schaffung** der so dringend benötigten zusätzlichen **Kita-Plätze**, mit besonderer Priorität in den sozioökonomisch benachteiligten Quartieren. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die inhaltliche und institutionelle **Verzahnung von Kita und Schule** (Stichwort Vorschule, Bildungsplan 0-10), die noch immer nicht Praxis ist. Weitere wichtige Bausteine sind die Realisierung von angekündigten **Doppelbesetzungen** in zunächst ausgewählten „Brennpunkt-Grundschulen“, ein weitaus Mehr an gebundenen **Ganztagschulplätzen** auch zur Erfüllung des bevorstehenden Rechtsanspruchs sowie die Schaffung von datengestützten Unterrichtsentwicklungs- und Förderinstrumenten. Das **Institut für Qualitätsentwicklung (IQHB)**, dessen Gründung auf Druck der CDU bereits im Jahr 2017 beschlossen wurde, muss endlich seine Arbeit aufnehmen.

Angesichts aktueller Ausstattungen ist grundsätzlich zu befürchten, dass die Stadtteile mit ihren unterschiedlichen Niveaus im Bildungsbereich künftig eher noch weiter auseinanderdriften: Schon jetzt ist in Ansätzen sichtbar und verstärkt absehbar, dass es etwa in Gröpelingen oder Osterholz nahezu ganze Kita-Gruppen sowie Schulklassen ohne deutsche Sprachvorbilder geben wird. Gleichzeitig ziehen Flüchtende, Migrantinnen und Migranten weiterhin in genau diese Quartiere, da sie dort den noch annähernd bezahlbaren Wohnraum finden, auf bereits etablierte Unterstützungsstrukturen treffen und ethnische „Communities“ das Ankommen erleichtern. Politik muss ein Interesse daran haben, auf derartige Segregationstendenzen steuernd einzuwirken. Klar ist, dass vorwiegend sozioökonomische Faktoren die Ausgangslage für Kinder maßgeblich determinieren und eine staatliche, wie auch immer angelegte Bildungspolitik, steuernd hier nur eher untergeordnet eingreifen kann. Dennoch ist auch die Landesbildungspolitik in Bremen gefordert, ihre Möglichkeiten der Einflussnahme zum Wohle der Kinder und deren **Rechte auf gute Bildung und Entwicklung** wahrzunehmen.

Ja, der Haushalt der Senatorin für Kinder und Bildung hat in den zurückliegenden Jahren einen deutlichen Aufwuchs erfahren. Das erkennen wir an. Gleichwohl gehört zur Ehrlichkeit, dass von den zusätzlichen Mitteln ein nicht unerheblicher Teil auf die basalen Bedarfe entfällt, verursacht durch die parallel angestiegenen Zahlen von Schülerinnen und Schüler. Effektiv braucht es zur echten Verbesserung von **schulischer Ausstattung** aber weitaus mehr als beispielsweise die Anschaffung von circa 100.000 iPads, finanziert zum großen Teil aus dem Bundeshaushalt.

Politisch vernachlässigt wurde vor allem die langfristige Ausfinanzierung unterschiedlicher Maßnahmen zur Steigerung der Bildungsqualität. Und gerade dieser Baustein ist so wichtig, wenn es um kompensatorische Entwicklungsförderung von benachteiligten Kindern geht. Hier braucht es eine besondere Profession und ein herausragendes Engagement. Augenscheinlich ist zudem der zu lange vernachlässigte und nunmehr horrende **Sanierungsstau** an Bremer Schulen. Der Bedarf an schulischer Infrastruktur beziffert sich auf mindestens 776 Millionen Euro. Zahlreiche Bauvorhaben zum Ersatz und zur Schaffung von zusätzlich benötigtem Schulraum werden den Etat des „KiBi-Ressorts“ künftig enorm belasten.

Mit der CDU-Bürgerschaftsfraktion ist bessere Lehre in den Schulen machbar. Und wir wissen: Mehr **Qualität** im Bildungsbereich, mehr **Sprachförderung**, bessere **Ausstattung** für Inklusion, mehr pädagogisches **Fachpersonal** in Kita und Schule und weniger Unterrichtsausfall kosten mehr Geld. Ja, das ist es uns wert.

Denn Armut in Lebensverläufen nach der Schule kostet uns wesentlich mehr an Geld, Folgewirkungen und Zerwürfnissen in unserer Gemeinschaft. Darum räumen wir dem Bereich frühkindliche und schulische Bildung eine so hohe **Priorität** ein, untersetzt mit den dafür notwendigen finanziellen Mitteln.

AUS BILDUNG IN ARBEIT.

Der **Übergang** aus der **Schule in Ausbildung**, Studium und Beschäftigung ist für immer mehr Jugendliche im Land Bremen ein unsicherer Pfad mit mehreren Unbekannten. Die Brücken in ein selbstbestimmtes Erwachsenenleben werden wackeliger und auch das bestimmt nicht erst mit den Auswirkungen der Corona-Krise. Denen, die wir, wenn es um Armut geht, unsere besondere Aufmerksamkeit widmen, kommen seit Jahren mit erheblichen Defiziten aus dem Schulsystem in das Berufsbildungssystem. Oder aber sie kommen überhaupt nicht mehr dortan und fallen aus jeder Statistik.

Die **Jugendberufsagentur (JBA)** war 2015 angetreten mit dem Ziel, keinen Jugendlichen nach der Schule verloren zu geben. Und doch sind so viele vom Radar verschwunden und haben im Laufe der Jahre ihre Berufsperspektive verloren. Die JBA muss nach nunmehr sechs Jahren endlich zu ihrer Rolle finden, den politischen Ansprüchen gerecht werden und ihre Aufgaben gegenüber schwer Erreichbaren aus oftmals prekären Familienlagen erfüllen. Dazu benötigt sie eine zentral koordinierende Stelle mit eigenem Budget und eigener Personalverantwortung, nachprüfbare Erfolgsindikatoren und einen rechtssicheren, möglichst automatisierten Datenaustausch zwischen den beteiligten Rechtskreisen. Wir sind für den Ausbau von Instrumenten, die beim Übergang in Ausbildung unterstützen, wie beispielsweise berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, Einstiegsqualifizierungen, assistierte Ausbildungen oder ausbildungsbegleitende Hilfen, die jedoch im Land Bremen seit geraumer Zeit, maßgeblich im SGB II-Bereich und selbst im Corona-Jahr 2020, immer seltener zur Anwendung kamen.

Unternehmen, die händeringend vor allem im handwerklichen Bereich Auszubildende und Nachwuchsfachkräftesuchen, können **nicht** erst der **Reparaturbetrieb** für ein aus ihrer Sicht miserables Schulbildungssystem sein. Arbeitgeber erwarten ein Mindestmaß an Qualifikation in Sprache, Schrift und Rechenfertigkeiten. Schon heute ist das Segment der Einfacharbeiten für Ungelernte nahezu erschöpft.

Wichtig ist, den aktiven und frühzeitigen Austausch zwischen Schule und Wirtschaft endlich herzustellen – ein alter Hut, den sich aber noch immer niemand verantwortlich aufsetzen will. Die **Berufsorientierung und**

Berufsberatung in den Schulen muss durch verbindliche Ziel- und Leistungsvereinbarungen seitens der Bildungsbehörde, mit regelmäßigen Schulbesuchen von Berufsvorbereitungskräften der Agentur für Arbeit und auch von Praktikerinnen und Praktikern aus Unternehmen sowie mit einer aufsuchenden Beratung von schwer erreichbaren Jugendlichen gestärkt werden. Seit Jahren fordert die CDU-Bürgerschaftsfraktion die Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfaches „Berufs- und Studienorientierung“ nach dem Vorbild Hamburgs.

Das **Einwerben von Ausbildungsstellen** bei Arbeitgebern muss forciert werden durch eine Stärkung der Ausbildungsbüros bei den Wirtschaftskammern, durch eine höhere Kontaktdichte der Beraterinnen und Berater für Ausbildung zu den Betrieben sowie durch systematische Unterstützungsangebote für klein- und mittelständische Unternehmen mit negativer „Ausbildungserfahrung“.

Zudem müssen die **Berufsschulen** im Land Bremen materiell und personell besser ausgestattet werden, damit sie als moderne Lernorte auf Augenhöhe mit Hochschulen und Universität sind. Der Stundenplan sollte so gestaltet werden, dass **Teilzeitausbildungen** insbesondere für Alleinerziehende möglich sind und einfach zum Angebotsstandard gehören. Die Ausbildungs- und Arbeitsförderung ist vor allem für junge Frauen und Mütter dringend reformbedürftig. Hier braucht es auch in Zeiten, in denen die Kinder noch nicht das dritte Lebensjahr vollendet haben, den Kontakt und das regelmäßige passfähige Angebot. Und vor allem bedarf es zur Aufstockung von Ausbildungs- und Arbeitszeiten eine **verlässliche und flexible Kinderbetreuung**, an der es bekanntermaßen in Bremen immer noch und häufiger als in jedem anderen Bundesland mangelt.

Im Anspruch von „**Fördern und Fordern**“ ist die aktive Arbeitsmarktpolitik gegenüber passiven Leistungen zu stärken. Zielmarke für uns ist, dass pro Jahr mindestens ein Drittel der im Land Bremen registrierten Arbeitslosen an Maßnahmen der Arbeitsförderung teilnehmen. Allerdings nicht an irgendwelchen, sondern an Fördermaßnahmen, die sinnvoll, nachhaltig und passgenau sind. Es kann nicht darum gehen, Beitrags- und Steuergelder nach dem Gießkannenprinzip auszugeben. Passgenauigkeit von Angeboten setzt ein funktionierendes **Fallmanagement** im Jobcenter voraus. Hier sind wir von unseren politischen Ansprüchen noch meilenweit entfernt.

Und diesmal liegt es nicht am fehlenden Geld. Mit Blick auf einen möglichen vielfältigen und intelligenten Einsatz von Fördermitteln im Rahmen von SGB III und SGB II kritisieren wir die Ausgabenpolitik der Jobcenter. Im Jahr 2020 standen ihnen im **Eingliederungstitel** etwa **75 Millionen Euro** in der Stadt Bremen und etwa **20 Millionen Euro** in Bremerhaven zur Verfügung. Diese Mittel wurden jedoch, wie schon in Vorjahren, nicht vollständig ausgeschöpft. Und das, obwohl seit 2019 in begrenztem Umfang ein Passiv-Aktiv-Transfer möglich ist.

Wir fordern: Mehr Gewicht für abschlussbezogene **Förderungen der beruflichen Weiterbildung (FbW)** zu Lasten kurzfristiger Maßnahmen der Aktivierung und beruflichen Eingliederung. Das fünfte Bewerbungstraining, Coachings ins Leere und immer wieder öffentlich geförderte Beschäftigung auf Zeit führen nurmehr zu Drehtüreffekten und Frustration ohne Perspektive, nicht jedoch zu einem auskömmlichen Job auf Dauer. Damit verfestigen sich Arbeitslosigkeit und das abhängige Leben in ärmlichen Verhältnissen. Selbst nach fünfjähriger Individualförderung, die im Rahmen des Teilhabechancengesetzes ermöglicht wird, münden aus sozialer Arbeit nur 10 Prozent der Geförderten in einen Job am ersten Arbeitsmarkt.

Für alle anderen bleibt eine Anschlussförderung ausgeschlossen. Viel zu wenig wird indes Gebrauch gemacht von der Möglichkeit, öffentlich geförderte Beschäftigung mit berufsqualifizierenden Angeboten, wie Vorbereitung auf einen Berufsabschluss durch Externenprüfung bei den Kammern oder modulare Nachqualifizierung in Teilschritten, zu flankieren. Das Teilhabechancengesetz lässt dies ausdrücklich zu. Hier gibt es aus unserer Sicht noch viele Reserven, wobei wir dafür plädieren, sich im Land Bremen auf Beschäftigungsfelder mit erheblichem Personalbedarf zu konzentrieren, wie beispielsweise sozialpädagogische Assistenzen in Kitas und Grundschulen, pflegerische Tätigkeiten, hauswirtschaftliche, handwerkliche oder digitale Dienstleistungen.

Wir fordern prioritär eine **Berufsbildungsoffensive** im Land Bremen. Die Befunde über Arbeitslosigkeit ohne Beruf sind dramatisch und hier auf große politische Versäumnisse in den letzten Jahrzehnten zurückzuführen. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion setzt ihren beschäftigungspolitischen Schwerpunkt klar auf die berufliche Aus- und Weiterbildung, Fortbildung und Umschulung auch neben einer Berufstätigkeit sowie auf den konsequenten (Nach-)Erwerb von Schul- und Berufsabschlüssen. Wir fordern, dass die Beratung zur Nachqualifizierung zu einer Regelaufgabe der Jobcenter wird. Sofern erforderlich, muss auch der Erwerb von Sprachkenntnissen förderfähig sein. Nach unserer Auffassung sollte das Land den „Qualifizierungsbonus“ verstetigen und ihn als Förderinstrument auch auf Arbeitslose im SGB III-Bereich und auf Beschäftigte mit kleinem Einkommen ausweiten, damit diese den kaum leistbaren Mehraufwand für eine Weiterbildung nicht komplett aus der eigenen Tasche bestreiten müssen.

Über die Regelinstrumente nach SGB III und SGB II hinaus, setzt das Land Bremen im Rahmen seines **Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP)** vorwiegend ESF-Mittel, ergänzt durch Landesmittel, eigenverantwortlich ein. Damit können in der Arbeitsförderung Maßnahmen und Projekte finanziert werden, die die Bundesregelförderung nicht bzw. nicht im gewünschten Umfang abdeckt.

Hier setzt unsere **Hauptkritik** an der Armutspolitik des Senats an. Aus unserer Sicht ist das BAP verkommen zu einem Sammelsurium loser Einzelmaßnahmen (vgl. Struktur in Anlage). Es ist unübersichtlich und intransparent. Die von Trägern abgefragten und zur Verfügung gestellten Daten lassen eine Erfolgskontrolle kaum zu; häufig fehlt es schon an einer klaren Zieldefinition. Evaluation? Auch hier Fehlanzeige. Viele öffentliche Gelder versickern wirkungslos in Trägerstrukturen. Die Aktivitäten verschiedener Akteure sind gar nicht oder zu wenig miteinander verzahnt. Oft kommt es zu Parallelstrukturen. Das BAP gehört aus Sicht der CDU-Bürgerschaftsfraktion neu erfunden mit dem Ziel einer „Konzentration auf das Wesentliche“.

Noch gaukeln politische Überschriften der Öffentlichkeit ein Kümmern um sichtbare Missstände und wirksame Instrumente vor, die aber in den Augen der vielen von Arbeitslosigkeit und Armut Betroffenen keine sind, weil sie die realen Problemlagen überhaupt nicht tangieren und eben nicht als echte Lebenshilfe bei ihnen ankommen. Stattdessen verfestigen sich unübersichtliche Trägerstrukturen, gleichsam Langzeitarbeitslosigkeit im Land.

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion fordert mit Nachdruck, die gesamte **Arbeitsförderpolitik** des Senats rückblickend und vorausschauend auf den **Prüfstand** zu stellen. Von zentraler Bedeutung für eine andere Armutspolitik ist hierbei die Bewertung **aller** Maßnahmen des Landesaktionsprogramms BAP.

Der Senat selbst beschreibt diesen Zusammenhang und die ursprüngliche Zielstellung des Programms in einer Vorlage vom Oktober 2019: „**Die Schwerpunktsetzung des BAP ist die Armutsbekämpfung durch verschiedene arbeitsmarktpolitische Interventionen, wie Beschäftigungsförderung, Qualifizierung und Beratung sowie Ausbildung.**“ Auf der Homepage der Arbeits- und Wirtschaftssenatorin steht geschrieben: „**Das BAP zielt konsequent auf Armutsbekämpfung durch Integration in existenzsichernde Arbeit.**“

Hier nehmen wir als Opposition die Regierung beim Wort und wollen sie genau an dieser Stelle an ihren eigenen Maßstäben messen. Eine Kosten-Nutzen-Analyse ist aus unserer Sicht bei jeder einzelnen Maßnahme angezeigt. Aktuell zählt das BAP **mehr als 120 (!)** geförderte Maßnahmen und Projekte im Land Bremen. Dafür waren in der nunmehr abgelaufenen Förderperiode 2014 bis 2020 **mehr als 76 Millionen Euro (!)** eingestellt. Ein mittlerweile schier undurchsichtiger Förderdschungel, in den wir Licht ins Dunkel, Öffentlichkeit und Transparenz bringen wollen.

Das BAP beschreibt sechs Förderschwerpunkte in sogenannten Unterfonds, denen die jeweiligen Maßnahmen zugeordnet sind. Für jede ESF-finanzierte Maßnahme sind auf dem zugehörigen „Interventionsblatt“ konkrete Ziele formuliert, deren Erreichung es zu hinterfragen gilt. Eine politische Auseinandersetzung um Zielerreichung und den Einsatz von Steuermitteln ist hinsichtlich der vom Senat selbst vorgenommenen Schwerpunktsetzung und behaupteten Wirkungen politisch dringend geboten. Insbesondere ist mittels Evaluation der Nachweis eines Beitrages zur Erreichung des Ziels „Armutsbekämpfung“ einzufordern.

Wie viele der Lippenbekenntnisse aus der rot-grün-roten Koalitionsvereinbarung bleiben wohl gemessen an den tatsächlich existierenden Erfolgen übrig? Welche politischen Ansätze und Maßnahmen haben Substanz, welche müssen verworfen und neu gedacht werden? Wie konsequent ist das BAP hinsichtlich von Armutsbekämpfung?

Diese und noch mehr Fragen gilt es zu beantworten und der Öffentlichkeit zu vermitteln. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion wird dazu einen „**Maßnahmen-Check**“ auf den Weg bringen und den Senat dazu verpflichten, bis zum Ende der Legislaturperiode alle Interventionen einer Kosten-Nutzen-Relation zu unterziehen.

ES REICHT NICHT. OFFENSIVE VERSUS OFFENBARUNGSEID.

In Sachen Armut schlägt es auf der Bremer Uhr 5 nach 12. Wir leben in einem **Sozialnotlageland**. Diesen Weckruf senden wir an alle Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, an alle Menschen in prekären und gut situierten Lebenslagen. Denn: **Armut geht uns Alle an!** Sie bedroht unseren sozialen Zusammenhalt, fördert Spaltung und gefährdet die wirtschaftliche Eigenständigkeit unseres Bundeslandes.

Darum brauchen wir eine gemeinsame Offensive im Kampf gegen die Ursachen von Armut. Niemand ist hierbei ausgenommen. **„Fördern und Fordern“** bleibt nach wie vor die richtige Leitlinie. Dazu brauchen wir das entsprechende Leitbild, welches Menschen in Armut nicht als dauerhaft alimentierte und unmündige Bürgerinnen und Bürger begreift, sondern als aktive und mitwirkende Menschen mit Potenzialen. Wir wollen eine Politik nicht über die Köpfe der Menschen hinweg, sondern eine Politik mit vielen Köpfen und klugen Ideen. Damit arm eben nicht arm bleibt.

Keine auskömmliche Rente im Alter ohne Erwerbsbiografie. Keine existenzsichernde Arbeit ohne Fachausbildung. Kein Berufsabschluss ohne solide Schulausbildung. Keine tragende Schulzeit ohne familiären Rückhalt und frühkindliche Entwicklung. Ein selbstbestimmtes Leben ohne Armut ist immer vom Ende her zu denken und bedarf der Förderung von Geburt an. Hier beginnen Armutskarrieren, wenn wichtige Weichenstellungen nicht gelingen. Hier beginnen persönliche und politische Verantwortung, sich den Risiken im Kampf gegen Armut entgegenzustellen. Und es gelingt nur im **Miteinander** von Menschen, Familien, Staat und Gesellschaft. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion stellt sich dieser Herausforderung. Unsere politische **Maxime** lautet: **Konsequentes Ausrichten auf Bildung, Ausbildung und Arbeit statt Einrichten in Armut**. Wir sind nicht gewillt, die unhaltbaren Zustände im Sozialnotlageland Bremen hinzunehmen. Hierbei steht nicht weniger auf dem Spiel als die **Eigenständigkeit** unseres Bundeslandes. Sie steht angesichts der existenziellen Probleme für eine Vielzahl von Bremerinnen und Bremern akut zur Disposition, wenn es uns in absehbarer Zeit nicht gelingt, das totale Missverhältnis zwischen Sozialer Lage und Wirtschaftskraft wieder in ein Gleichgewicht zu bringen.

Rot-Grün-Rot bringt uns in Sachen Armutsbekämpfung auch in der laufenden Legislaturperiode keinen Schritt voran. Die Koalition leistet in ihrem politischen Markenkern den **Offenbarungseid**. Alle hier aufgezeigten Probleme bestehen seit vielen Jahren, lange vor Corona. Warum? Weil in schlechter Tradition von Rot-Grün weiterhin eine Umsteuerung in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Arbeitsförderung unterbleibt. So vererbt sich nicht nur Armut in Familien, sondern auch Erfolglosigkeit in der Politik. Als stärkste Partei und konstruktive Oppositionskraft fordern wir die amtierende Koalition auf, Armutsbekämpfung endlich mit Strategien und Konzepten zu unterlegen und die Verantwortung für deren Umsetzung unmittelbar im Rathaus anzusiedeln. Die CDU bietet ihre Kompetenz und Unterstützung an.

Unsere politische Agenda für die laufende 20. Legislaturperiode und darüber hinaus beinhaltet folgende Punkte:

1. Der **Dritte Armuts- und Reichtumsbericht** „Lebenslagen im Land Bremen“ ist dem Parlament und der Öffentlichkeit **unverzüglich** vorzulegen. Dabei hat der Senat die Aktualität und die beschriebene neue **Qualität im Berichtswesen** zu beachten und umzusetzen. Vor allem aber sind verbindliche Zielzahlen in den Bericht aufzunehmen, die Kausalitäten zwischen Maßnahmen und Zielen herstellen, abrechenbar und überprüfbar sind. Der Turnus zur Vorlage eines Updates des Berichts soll auf **zwei Jahre** verkürzt und durch ein einzurichtendes laufendes **„Sozial-Monitoring“** begleitet werden.

2. Alle Projekte unter dem Dach des Landesprogramms „**Wohnen in Nachbarschaft (WiN)**“ sind gemäß den Empfehlungen der Wissenschaft endlich in eine strategische und systematische Konzeption einzubinden. Wir fordern klare und verbindliche Zielsetzungen hinsichtlich der Beiträge zur Abfederung sozialer Härten in den Quartieren. Zudem dürfen als notwendig erkannte **Regelausstattungen** nicht länger missbräuchlich über WiN-Projekte ausfinanziert werden, sondern sind im Haushalt geordnet einer Regelfinanzierung zuzuführen.
3. **Maßnahmen und Projekte**, die vorgeben, einen Beitrag zur Armutsbekämpfung zu leisten, sind in allen Ressorts auf den **Prüfstand** zu stellen und hinsichtlich ihrer Wirkungen zu hinterfragen und wissenschaftlich zu evaluieren. Abzusichern ist im Prozess, dass **Menschen**, die von Armut betroffen oder bedroht sind, aktiv **eingebunden** werden. Ihre Stimmen und Meinungen sind uns wichtig und daher maßgeblich für unser politisches Handeln.
4. **Interventionen**, die nach wissenschaftlicher Begutachtung oder nach Selbsteinschätzung von Menschen in schwierigen Lebenslagen untauglich sind, Ursachen von Armut zu beseitigen bzw. zu begrenzen oder die Auswirkungen von Armut nicht abfedern, sind unverzüglich einzustellen. Freiwerdende finanzielle Mittel sind **umzusteuern** in Interventionen mit nachweisbaren Effekten. Neue Ideen und Impulse sind unter Mitwirkung aller Kräfte im Land zu setzen.
5. Absolute politische **Priorität** bei der Armutsbekämpfung haben die Bereiche Kinder, Jugend, frühkindliche und schulische Bildung. Sie sind auskömmlich zu finanzieren, unter strenger Beachtung von Wirksamkeit, Effizienz und Wirtschaftlichkeit. Wir fordern die Schaffung der so dringend benötigten zusätzlichen **Kita- Plätze**, um jedem Kind die frühestmögliche Sprach- und Entwicklungsförderung unter Gleichaltrigen zu ermöglichen. Unterversorgung bei den Kleinsten verbietet sich von selbst. **Schuleingangsuntersuchungen** für alle Kinder, **Ganztagschulausbau**, Lehrpersonal in **Doppelbesetzung** an „Brennpunkt“-Grundschulen und das **Qualitätsinstitut** sind endlich zu realisieren.
6. Wir fordern eine **Berufsbildungsoffensive** im Land Bremen und wollen sie **jetzt** auf den Weg bringen. Eine fachlich abgeschlossene Ausbildung ist der Schlüssel für eine existenzsichernde Arbeit und ein von Transferleistungen unabhängiges Leben. Die **Jugendberufsagentur (JBA)** muss endlich zu ihrer Rolle finden und den Auftrag, beim Übergang von Schule in Ausbildung keinen Jugendlichen aus dem Blick zu verlieren, erfüllen. Wir fordern ein frühzeitiges und nachhaltiges „Hand-in-Hand-Arbeiten“ von **Schule und Wirtschaft** sowie die Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfaches „Berufs- und Studienorientierung“. Zudem müssen **Teilzeitausbildungen** endlich zum Standardangebot vor allem für junge Frauen und Mütter werden.
7. In der **Arbeitsförderung** ist radikal **umzusteuern** in Richtung berufliche Ausbildung mit Berufsabschluss, berufliche Weiterbildung und Umschulung. Hierzu ist vom Senat im Zusammenwirken mit der Agentur für Arbeit, den Jobcentern, Unternehmen und Wirtschaftskammern ein laufendes „**Qualifikations-Monitoring**“ über konkrete Bedarfe und fachliche Anforderungen der regionalen Wirtschaft auf der einen und den vorhandenen Berufsabschlüssen und Qualifikationsdefiziten auf der anderen Seite einzurichten und abzugleichen. Wir fordern eine **Reform des Beschäftigungspolitischen Landesaktionsprogramms (BAP)**.

8. Die Ergebnisse des „Qualifikations-Monitorings“ sind zeitnah und laufend mit den Trägern von Maßnahmen der beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung zu beraten. Entsprechende **Fördermaßnahmen** sind daraufhin abzugleichen. Sie müssen **marktgerecht** und nachweislich geeignet sein, die erkannten Qualifikationslücken zu schließen. Das erfordert eine neue Qualität von Flexibilität und Anpassungsfähigkeit bei Bildungsträgern und **Erfolgskontrolle** als Voraussetzung für künftige Förderwürdigkeit.
9. Mismatch am Arbeitsmarkt ist konsequent mit Hilfe eines hoch professionellen und am Menschen ausgerichteten **Fallmanagements** zu begegnen. Wir schreiben keinen Menschen ab und konzentrieren uns auf Potenziale statt auf Defizite. Wir fordern im Interesse jeder und jedes Einzelnen die Mitwirkungspflicht sowie bei Qualifizierungsmaßnahmen und Stellenangeboten Qualität und Passfähigkeit. Das Prinzip **„Fördern und Fordern“** hat an Berechtigung nichts verloren und bleibt für uns das Leitprinzip moderner Arbeitsförderpolitik
10. Wir fordern **Armutsbekämpfung** politisch wieder zur **Chefsache** zu machen. Das beinhaltet praktisch die verpflichtende Zusammenarbeit aller Ressorts unter Leitung der Senatskanzlei. Themen- und handlungsübergreifend sind Erfolgskriterien messbar und abrechenbar vorzugeben. Die Bündelung aller gesellschaftlichen Kräfte ist unerlässlich für die Bewältigung notwendiger Offensiven zur Bekämpfung der Armut im Land. Wir regen an, dass sich eine **5. Armutskonferenz** turnusgemäß im Jahr 2022 intensiv und ergebnisorientiert mit dem Thema **„Ausbildung und Arbeit“** befasst.

ANHANG

Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP) Land Bremen (ESF-Förderperiode 2014-2020)

UNTERFONDS A1: Erhöhung der beruflichen Integration durch Beratung (Benachteiligte beraten)	
Intervention	Maßnahmen
Frauenberatung	<input type="checkbox"/> Zentrale Frauenberatung Bremen <input type="checkbox"/> Frauenberatungsstelle Zukunft im Beruf (ZIB) Bremerhaven
Existenzgründungsberatung	<input type="checkbox"/> Gründungsfabrik <input type="checkbox"/> Vorfeld-Existenzgründungsberatung <input type="checkbox"/> Existenzgründungsberatung
Unterstützung von alleinerziehenden Frauen	<input type="checkbox"/> Job und Kind-beides gelingt (JobKickPLUS) <input type="checkbox"/> Neue Integration Alleinerziehender in Arbeit (NINA)
Modellvorhaben zur Verbesserung des Zugangs und Anschlusses für verschiedene Zielgruppen	<input type="checkbox"/> LuNA Lern- und Netzwerkarbeit für migrantische Frauen <input type="checkbox"/> Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung (MoBa) <input type="checkbox"/> Netzwerkkoordination für Alleinerziehende in Bremen
UNTERFONDS A2: Erhöhung der beruflichen Qualifikation für arbeitslose Menschen (Arbeitslose)	
Intervention	Maßnahmen
Förderung von Grundbildungsmaßnahmen und des Erwerbs der Berufsbildungsreife	<input type="checkbox"/> Frau Schule und Beruf <input type="checkbox"/> Schulmodule Förderzentrum U25 <input type="checkbox"/> Nachholung von Schulabschlüssen im Förderzentrum SAILING IN <input type="checkbox"/> Allgemeine Sprachförderung im Förderzentrum SAILING IN <input type="checkbox"/> Grundbildung im Förderzentrum SAILING IN <input type="checkbox"/> HASA Erwerb der Bildungsreife
Flankierende Unterstützungsleistungen für Teilnehmende an Qualifizierungsmaßnahmen	<input type="checkbox"/> Zusammen Intensiv Erfolgreich Lernen (ZIEL) <input type="checkbox"/> (Sozial-)pädagogische Unterstützung Umschulender Büro-/Sozial-/Pflegeberufen (QualiPlus) <input type="checkbox"/> Bremer Lernweg <input type="checkbox"/> Umsetzung Vergleichsverfahren Verwaltungsgerichte
Vorschaltmaßnahmen und Assessments	<input type="checkbox"/> Assessment Altenpflege (proPflege) <input type="checkbox"/> Qualifizierung für individuelle Übergänge in Qualifikation und Arbeit für Migrant/-innen <input type="checkbox"/> Sprachstandserhebung, Profiling Migrantinnen ALG II (PROFIL) <input type="checkbox"/> Eignungsfeststellung und Vorqualifizierung für die Umschulung zum/zur Sozialassistent/-in
Modellvorhaben zur Verbesserung des Zugangs und Anschlusses für verschiedene Zielgruppen	<input type="checkbox"/> Qualifizierungsbonus Bremen <input type="checkbox"/> Qualifizierungsbonus Bremerhaven
Arbeitsmarktpolitische Projekte zur Integration von geflüchteten Menschen	<input type="checkbox"/> Servicestelle Deutsch am Arbeitsplatz <input type="checkbox"/> Koordination Flüchtlings-Integrations-Maßnahmen (FIM) <input type="checkbox"/> Aufsuchende Beratung junge Flüchtlinge (JBA) <input type="checkbox"/> Netzwerk Integration im Bremer Westen <input type="checkbox"/> Bremer Integrationsqualifizierung <input type="checkbox"/> Face to Face Theater der Ressourcen – WERTvolle Geschichten <input type="checkbox"/> Fortbildung Sprachcoaching

UNTERFONDS B1: Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit (Langzeitarbeitslose beschäftigen)

Intervention	Maßnahmen
Lokale Förderzentren	<input type="checkbox"/> Förderzentrum Bremen-West <input type="checkbox"/> Förderzentrum Bremen-Süd <input type="checkbox"/> Förderzentrum Bremen-Ost <input type="checkbox"/> Förderzentrum Bremen-Nord <input type="checkbox"/> Förderzentrum Bremerhaven
Förderung von Regiekosten bei öffentlich geförderter sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung § 16e SGB II	<input type="checkbox"/> Beschäftigung im Sozialraum Tenever (BiST) - Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) <input type="checkbox"/> Sozialökologisches Handeln für Bremen - Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) <input type="checkbox"/> Ökologisches Handeln für Bremen - Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) <input type="checkbox"/> FAV bei bras - Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) <input type="checkbox"/> Concierge - Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) <input type="checkbox"/> Flankierung von Teilnehmenden nach § 16e und § 16i SGB II <input type="checkbox"/> Spurwechsel - Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) <input type="checkbox"/> Stadtteile stärken-Teilhabe und Integration fördern - Förderung Arbeitsverhältnisse (FAV)
Landesprogramme zur Förderung öffentlich geförderter sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung	<input type="checkbox"/> Perspektive Arbeit (LAZLO) <input type="checkbox"/> Perspektive Arbeit Saubere Stadt (PASS) <input type="checkbox"/> Förderung der Lohnkostenlücke § 16e und § 16i SGB II

UNTERFONDS B2: Verbesserung der sozialen Teilhabe (Soziale Teilhabe verbessern)

Intervention	Maßnahmen
Offene arbeitsorientierte Beratung und Stadtteilberatung	<input type="checkbox"/> Offene Beratung in Bremerhaven (Lehe, Leherheide, Grünhöfe) <input type="checkbox"/> Offene Beratung in Bremen-Ost (Tenever) <input type="checkbox"/> Offene Beratung in Bremen-Ost (Sebaldsbrück) <input type="checkbox"/> Offene Beratung in Bremen-Nord (Vege sack) <input type="checkbox"/> Offene Beratung in Bremen-West (Walle) <input type="checkbox"/> Offene Beratung in Bremen-Süd (Huchting) <input type="checkbox"/> Offene Beratung in Bremen-Süd (Neustadt)
Sozialräumliche Beratungsangebote für (Allein-)erziehende	<input type="checkbox"/> Beratungsprojekt zur beruflichen Orientierung im Bremer Osten <input type="checkbox"/> gut beraten-gut starten – Beratung für Alleinerziehende
Lokales Kapital für Soziale Zwecke (LOS III)	<input type="checkbox"/> 157 Projekte
Übergangsmanagement für Straffällige	<input type="checkbox"/> Berufliche Hilfen für Straffällige und Straftentlassene <input type="checkbox"/> Beratung, Beschäftigung und Unterstützung für von einer Ersatzfreiheitsstrafe Bedrohte <input type="checkbox"/> Straffälligen-Projekt: Ich lese für Dich <input type="checkbox"/> Alkoholsuchtberatung und Prävention für Inhaftierte <input type="checkbox"/> Sozialberatung und Unterstützung für Straffällige und deren Angehörige Bremen-Nord <input type="checkbox"/> Unterstützungs- und Beratungsangebote für Straffällige und Straftentlassene Bremen-Nord
Maßnahmen für Strafgefangene	<input type="checkbox"/> EDV-Qualifizierungsmaßnahmen für Straffällige in JVA Bremen und Bremerhaven <input type="checkbox"/> Koordination von Projekten zur Wiedereingliederung von Strafgefangenen/-entlassenen <input type="checkbox"/> Lernwerkstatt Arbeit <input type="checkbox"/> Lernwerkstatt Arbeit (SothA)
Zielgruppenprojekte	<input type="checkbox"/> Bremerhavener Modell – Perspektiven für Familien <input type="checkbox"/> MüZe Global – Wege zur Integration: INSA Integration-Sprache-Ankommen“ <input type="checkbox"/> AVA im Quartier <input type="checkbox"/> Vermittlung und Integration von Alleinerziehenden (VIA)
Modellvorhaben zur Verbesserung des Zugangs und Anschlusses für verschiedene Zielgruppen	<input type="checkbox"/> Konzepterprobung Alphabetisierung für Strafgefangene <input type="checkbox"/> Frei.Raum – Frauenkreativlabor <input type="checkbox"/> WERTSachen – der Stoff au(s)f dem die Werte sind <input type="checkbox"/> Creative Women – Chancen nutzen durch Upcycling <input type="checkbox"/> Soziale Manufakturen in Gross <input type="checkbox"/> Kreativ & Co.: Angebote für Frauen im Bremer Westen <input type="checkbox"/> Papillon – Kursangebote zur Verbesserung der Erwerbsperspektiven Frauen Vahr/Blockdiek <input type="checkbox"/> Internationale Kultur und Vielfalt <input type="checkbox"/> Integrationscoach Gesundheit und psychosoziale Hilfen – Bremen <input type="checkbox"/> Frauen in Aktion in Wulsdorf und Grünhöfe <input type="checkbox"/> Dünenweg – Begegnungsstätte für arbeitslose Frauen Grohner Düne/Bremen-Nord <input type="checkbox"/> Quartiersbezogene Unterstützung von Geflüchteten

UNTERFONDS C1: Anschlussfähigkeit des Lebenslangen Lernens verbessern (Junge Menschen ausbilden)

Intervention	Maßnahmen
Chance betriebliche Ausbildung	<input type="checkbox"/> 58 Projekte
Partnerschaftliche Ausbildung	<input type="checkbox"/> 3 Projekte
Ausbildungsdienstleistungen für Netzwerke	<input type="checkbox"/> 9 Projekte
Umsetzung der Ausbildungsgarantie	<input type="checkbox"/> 102 abgeschlossene Projekte – außerbetriebliche Ausbildung i.R. der Ausbildungsgarantie
Förderung von Ausbildungsverbänden	<input type="checkbox"/> Schaffung von zusätzlichen betrieblichen Ausbildungsplätzen <input type="checkbox"/> FIT als Falog Azubi
Förderung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen	<input type="checkbox"/> Chance betriebliche Ausbildung“ (8 abgeschlossene und 14 laufende Projekte) <input type="checkbox"/> außerbetriebliche Ausbildung des Landes Bremen“ (20 laufende Projekte)
Aufsuchende Beratung Jugendberufsagentur (JBA)	<input type="checkbox"/> Aufsuchende Beratung in der Jugendberufsagentur Bremerhaven <input type="checkbox"/> Aufsuchende Beratung in der Jugendberufsagentur Bremen (Stadt)
Alphabetisierung und Grundbildung	<input type="checkbox"/> Grundbildung für an- und ungelernete Beschäftigte im Bereich Pflege/Unterstützung (GaBi) <input type="checkbox"/> Grundbildung und Alphabetisierung (ProALPHA) <input type="checkbox"/> Bremerhavener Fachstelle für Alphabetisierung <input type="checkbox"/> Bremer Fachstelle für Alphabetisierung
Förderzentren für junge Menschen U 25	<input type="checkbox"/> TEAM Förderzentrum Jugend <input type="checkbox"/> KOMPASS Förderzentrum U25
Flankierung der Ausbildungsgarantie	<input type="checkbox"/> Weiterentwicklung Verbundausbildung Elektronik und Mechatronik für die Windenergie <input type="checkbox"/> Ausbildung – Bleib dran <input type="checkbox"/> Ausbildungsbüro Smart4u <input type="checkbox"/> Übergangsbegleitung an der Schule am Ernst-Reuter-Platz Bremerhaven <input type="checkbox"/> Umstrukturierung der berufsvorbereitenden Berufsfachschulen 2 (UBFa 2) <input type="checkbox"/> Lerncoaching und Beratung für Auszubildende in der Pflege <input type="checkbox"/> Vorschaltmaßnahmen zur Berufsausbildung junger Geflüchteter <input type="checkbox"/> abH für Geflüchtete

UNTERFONDS C2: Qualifikationsniveau Beschäftigter im Erwachsenenalter (Beschäftigte qualifizieren)

Intervention	Maßnahmen
Abschlussbezogene Qualifizierungen	<input type="checkbox"/> Qualifizierung an- und ungelernete Beschäftigte handwerklich/gewerbliche Berufe (QuBeHa) <input type="checkbox"/> Berufsbegleitende Ausbildung zum/zur Erzieher/-in bzw. Heilerziehungspfleger/-in <input type="checkbox"/> Qualifizierung zur Fachkraft Lagerlogistik (LagLog) <input type="checkbox"/> Personal Service und Entwicklung (PSE) – Qualifizierungskette für An- und Ungelernte <input type="checkbox"/> Integrierte Altenpflege- und Altenpflegehilfausbildung an-/ ungelernete Beschäftigte (InAP)
Bremer Weiterbildungsscheck	<input type="checkbox"/> Anschub zusätzliche Qualifizierung von Kultur- und Sprachmittler*innen <input type="checkbox"/> Bremer Weiterbildungsscheck
Weiterbildungsberatung	<input type="checkbox"/> Steuerung, Transfer und Weiterbildungsberatung in Bremen (Weiter mit Bildung/Beratung) <input type="checkbox"/> Kompetenzfeststellung An- und Ungelernte zur Vorbereitung Externenprüfung (KOFEBs) <input type="checkbox"/> Steuerung, Transfer, Weiterbildungsberatung Bremerhaven (Weiter mit Bildung/Beratung) <input type="checkbox"/> Vorbereitung auf die Externenprüfung als Nachqualifizierung (NQE)
Qualifizierung in Kurzarbeit	<input type="checkbox"/> Aufsuchende Bildungsberatung in Bremen-Gröpelingen <input type="checkbox"/> Qualifizierung in Kurzarbeit